

KOMMENTAR

## Was bringt das Jahr 2014?



Wahrscheinlich hat jeder von uns Silvester genutzt, das Jahr 2013 Revue passieren zu lassen und für 2014 neue Vorsätze gefasst. Der eine oder andere wird sich auch Gedanken über Wünsche und Ziele gemacht haben.

Bei den guten Vorsätzen und Wünschen für 2014 steht wie in fast jedem Jahr ganz weit oben: Mehr Zeit für sich und die Familie oder die, die man liebt; Weniger rauchen – am besten gar nicht mehr; gesünder leben, Sport treiben und weniger Stress oder so ähnlich ...

Ich wünsche unseren Kolleginnen und Kollegen und uns als Solidargemeinschaft der Gewerkschaft der Polizei vor allen Dingen Gesundheit. Jeder von uns soll die Möglichkeit haben, zukünftig die Renten- und Pensionskassen zu schädigen, in dem man so alt wird, wie man es sich wünscht und dabei noch glücklich ist. Immerhin haben wir über Jahrzehnte in diese Systeme mit unserer Arbeit eingezahlt. Ich wünsche uns aber auch, dass wir uns nicht die Ellenbogengesellschaft überstülpen lassen, nicht nur materiell denken und handeln, den Menschen neben uns sehen und umsetzen, dass Polizeiarbeit Teamarbeit ist. Führungskräfte

sollen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Gemeinsam wollen wir für unsere Ziele eintreten, für diese kämpfen und füreinander eintreten.

### Landesdelegiertentag

Am 21./22. 2. 2014 führen wir – wie alle vier Jahre üblich – unseren Landesdelegiertentag durch. Dabei geht es nicht nur darum, einen neuen Vorstand zu wählen (Funktionär in der GdP ist kein Posten auf Lebenszeit sondern eine Wahlfunktion), sondern auch neue Ziele zu bestimmen oder alte Ziele zu bestätigen und deren Umsetzung weiter voranzubringen.

Ich nenne hier nur einige Reizthemen:

- Weg mit der Rente/Pension mit 67
- Unsinnige Beschlüsse von Bundes- und Landesregierung haben auch Verfallsdaten.
- Leistungsgerechte Bewertung der ausgeübten Tätigkeit – egal ob Tarifbeschäftigter oder Beamter.
- 1:1-Übernahme von Tarifergebnissen, für die wir vorher gemeinsam gekämpft haben.
- Eine den Aufgaben angemessene Stellenausstattung (bedarfsgerechte Einstellung und Ausbildung sowie Übernahme aller Auszubildenden und Studierenden, Einstellung von qualifiziertem Verwaltungspersonal).
- Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit durch Wiedereinführung von Altersteilzeit und Vorruhestand sowie einer attraktiven Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit.
- Ein gerechtes Beurteilungssystem (das es nicht gibt).
- Ausreichende Beförderungsmöglichkeiten.
- Rentenangleichung Ost an West. Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge für alle Vollzugsbeamten u. v. a. m.

Ich könnte nun noch über viele Seiten weitere Themen aufschreiben, in dem Wissen, dass Gewerkschaften nicht arbeitslos werden.

### Weihnachten ist vorbei!

Gewerkschaften gehören zu einem funktionierenden Sozialstaat. Ich wünsche mir, dass Politiker nicht nur starke Gewerkschaften in ihre Parteiprogramme schreiben, sondern dass sie sie auch wirklich wollen. Sie sollen ernsthaft mit ihnen diskutieren, bevor sie Gesetze und Verordnungen verabschieden.

Nostalgie: In den Jahren nach der Wende bis weit in die 90er-Jahre war es möglich, dass man sich an einen Tisch setzte, in der Sache stritt und dann letztlich Vereinbarungen traf, die auch umgesetzt wurden. Heute ist dieser Prozess gesetzlich geregelt. In der Ministerialbürokratie werden Gesetze und Verordnungen erarbeitet. Diese werden anschließend in sogenannte Beteiligungsverfahren gegeben.

Manchmal passiert es, dass man sich verrannt und die Gegenseite durchaus vernünftige bessere Argumente hat. Wenn dann bereits etwas auf Papier steht und man sich Regierungsseitig darauf verständigt hat, ist es schier unmöglich, einen Schritt zurückzugehen und umzudenken. Oft geht es dann nur noch um Gesichtswahrung. So zuletzt geschehen bei der Verabschiedung des Gesetzes über ergänzende Regelungen zum Beamtenrecht in Brandenburg (u. a. Anhebung der Pensionsaltersgrenzen im Polizeivollzugsdienst).

Noch schwerer wiegt, dass insbesondere zu Weihnachten die Brandenburger Politik querbeet über alle Parteien die Arbeit der Polizei anerkennt, aber durch ihr Handeln die Beschäftigten, insbesondere die Beamten diskreditiert. Ich persönlich habe den Eindruck, dass Jahr für Jahr auch die Brandenburger Politik das Feindbild Beamte pflegt. Öffentlich lässt sich das ja auch gut verkaufen; Unkündbarkeit, super Versorgung, super Besoldung ...

Nur wird nicht darüber gesprochen und in den Medien berichtet, dass der Beamtenstatus das ideale Sparprogramm jeder Landesregierung ist.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Wenn es nicht so wäre, hätten sie schon längst den ungeliebten Beamtenstatus aufgehoben. Lasst uns also in Vorbereitung und auf unserem Landesdelegiertentag intensiv sachlich und kritisch zu den Anforderungen der gegenwärtigen Zeit an unsere Arbeit zur sozialen Absicherung unserer Kolleginnen und Kollegen und über unsere Rolle als Gewerkschaft der Polizei diskutieren und vorwärts weisende Beschlüsse fassen.

Es gibt keinen Bereich, der nicht noch besser werden kann. Und wer die Frage stellt, was macht eigentlich die GdP, der muss sich auch die Frage stellen, was mache ich als GdP-Mitglied? Und wer auf Funktionäre schimpft und ihnen Unfähigkeit vorwirft, kann jederzeit kandidieren und es besser machen. Die Gewerkschaft der Polizei ist eine demokratische Organisation und lebt einzig und allein vom Einsatz ihrer Mitglieder.

### Personalratswahlen

Keine Landesverwaltung in Brandenburg wurde so häufig umstrukturiert wie die Polizei. Mit der Konsequenz, dass wohl auch keine Landesverwaltung so häufig Personalratswahlen durchgeführt hat. Und jeder weiß, dass nicht nur in der Politik, sondern auch in Bezug auf Gewerkschaften und Personalräte eine gewisse Wahlmüdigkeit eingetreten ist.

2014 ist auch wieder das Jahr der Personalratswahlen. Ich bitte euch eindringlich, am 13./14. 3. 2014 zur Wahl zu gehen. Wählt die Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei. Unsere Wahlvorschläge wurden basisdemokratisch in Mitgliederversammlungen und Kreisdelegiertentagen aufgestellt.

Dabei ist es ganz normal, dass nicht jeder mit jedem Kandidaten einverstanden ist. Es ist auch ganz normal, dass sozialistische Wahlergebnisse nicht mehr erreicht werden. Aber wenn wir als GdP mit unseren GdP-Personalräten etwas umsetzen wollen, brauchen wir eure/brauchen wir deine Stimme. Hinterfragt kritisch, was haben GdP, BdK und DPoIG nicht in ihren Reden, sondern durch reelles Arbeiten gemacht. Was haben nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen bewirkt. Was die, die ewig meckern, aber wenn es darauf ankommt, Flagge zu zeigen, nicht da sind.

Da bin ich bei meinem ausgeprägten Selbstbewusstsein. Meine Stimme kann nur der Liste und den Vertretern der GdP gelten. Sie versprechen keine Wunder. Aber sie kämpfen. Und sie kassieren dabei auch Niederlagen. Sie gehen kritisch mit ihren Fehlern um. Und sie sind für jedes einzelne Mitglied da, wenn es unsere Solidargemeinschaft braucht.

Die Gewerkschaft der Polizei ist unabhängig von politischen Parteien. Wir müssen unsere Rolle als Gewerkschaften und die Parteien ihre Rolle als Parteien wahrnehmen. Das schließt nicht aus, und ist sogar gewünscht, dass Gewerkschaftsmitglieder aktiv in Parteien mitwirken und gewerkschaftliche Positionen in die Parteipolitik einbringen. Die kritische Haltung der GdP in Brandenburg hat uns in der Politik nicht nur Freunde geschaffen. Wir wollen keine Freunde finden, sondern Mitgliederinteressen vertreten. Aber die Auseinandersetzungen für verbesserte Beförderungsmöglichkeiten, um Landeshaushalte, um Altersteilzeit und Vorruhe-

stand, Weihnachtsgeld, Stellenabbau und zuletzt zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit haben die Situation verschärft. Gerade bei dem letzten Punkt haben mir persönlich als GdP-Landesbezirksvorsitzendem nicht wenige Politiker die „Freundschaft“ gekündigt. Einige wollen sogar nicht mehr mit mir reden. Gut – müssen sie auch nicht! Aber ich bin mir sicher, dass sie im Landtagswahlkampf – und der beginnt jetzt – wieder mit uns reden, weil sie gewählt werden möchten und weil sie ihre politischen Interessen umsetzen wollen. Und dies geht nicht ohne Polizei. Das Thema Innere Sicherheit in Brandenburg bewegt viele Bürgerinnen und Bürger. Und da kommt man an der Gewerkschaft der Polizei kaum vorbei.

Wir sollten den Landtagswahlkampf intensiv nutzen, um im Rahmen der nächsten Regierungsbildung noch stärker innenpolitische Ziele zu verankern, soziale Interessen der Polizeibesetzten zu sichern und Anerkennung für unsere Arbeit einzufordern. Dabei müssen wir noch kreativer und noch kritischer werden. Althergebrachte Instrumentarien einer Gewerkschaft reichen da nicht mehr aus.

Politik muss verstehen, dass es neben Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik das Thema Innere Sicherheit und die in diesem Bereich Beschäftigten gibt.

### Also, was bringt uns das Jahr 2014?


Es liegt auch – und das nicht im geringen Maße – an uns!

**Andreas Schuster**

### Gewerkschaft kontra Parteien

Die Gewerkschaft der Polizei ist unabhängig von politischen Parteien. Wir müssen unsere Rolle als Gewerkschaften und die Parteien ihre Rolle als Parteien wahrnehmen. Das schließt nicht aus, und ist sogar gewünscht, dass Gewerkschaftsmitglieder aktiv in Parteien mitwirken und gewerkschaftliche Positionen in die Parteipolitik einbringen. Die kritische Haltung der GdP in Brandenburg hat uns in der Politik nicht nur Freunde geschaffen. Wir wollen keine Freunde finden, sondern Mitgliederinteressen vertreten. Aber die Auseinandersetzungen für verbesserte Beförderungsmöglichkeiten, um Landeshaushalte, um Altersteilzeit und Vorruhe-



 **DEUTSCHE POLIZEI**  
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

**Geschäftsstelle:**  
Rudolf-Breitscheid-Straße 64  
14482 Potsdam  
Telefon (03 31) 7 47 32-0  
Telefax (03 31) 7 47 32-99

**Redaktion:**  
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)  
Rudolf-Breitscheid-Straße 64  
14482 Potsdam  
Telefon (03 31) 8 66 20 40  
Telefax (03 31) 8 66 20 46  
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

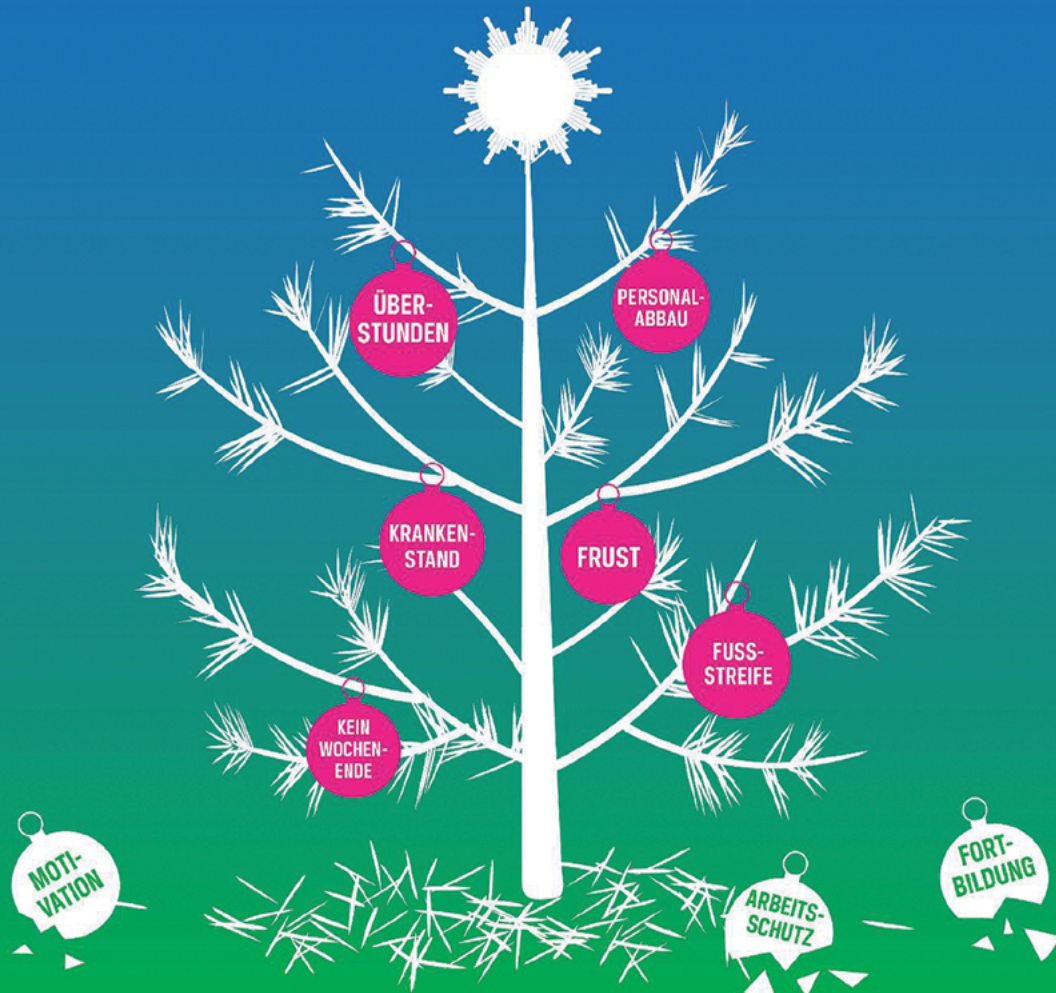
**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35  
vom 1. Januar 2013  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



# Frohes neues Jahr?



**Es gibt weiterhin viel zu tun!  
Im März sind Personalratswahlen.**

[www.gdp.de/brandenburg](http://www.gdp.de/brandenburg)



Genau dein Partner.

# Haben wir eine neue demokratische Regierungsform in Brandenburg?

Unsere Landesregierung ist offensichtlich immer noch der Meinung, dass Brandenburger Beamte und die GdP nicht denken und rechnen können! Dass wir das wohl sehr gut können, haben die Beamten und der GdP-Landesvorstand in Gesprächen mit der Landesregierung und deren Koalitionspartnern bereits mehrfach gezeigt. Dass die Landesregierung trotz aller Bedenken ihren eigenen Kopf durchsetzt, also wider besseren Wissens handelt, zeigen ja die großen, über Jahre hinweg ausgearbeiteten Papiere zum Landesbeamtengesetz, Beamtenversorgungsgesetz usw.

Zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit wurde ja schon viel geschrieben, aber das ist ja langsam die Höhe!

Eine Frage drängte sich mir hier wiederum auf, als ich die Aussagen der SPD-Bundesfraktion zum Koalitionsvertrag mit der CDU hörte und es mit dem neuen Landesbeamtengesetz verglichen habe.

Die SPD-Bundesfraktion stellt sich als Gewinner dar, in dem sie unter anderem die abzugsfreie Rente nach erreichten 45 Arbeitsjahren als das Non-plus-ultra verkauft. So weit, so gut. Offensichtlich wurde die Rechnung nicht mit der Brandenburger Landes-SPD abgesprochen, da diese eine andere Rechnung aufmacht.

Nach Landes-SPD würde zum Beispiel ein Kollege des mittleren Diens-

tes, welcher nach Schulende seine Ausbildung anfängt, also mit 16 Jahren, mit 62 Jahren abzugsfrei in Pension gehen können. Wohl gemerkt, er hat bis dahin keinen Aufstiegslehrgang besucht! Sollte er zu den wenigen Glücklichen zählen, die einen Aufstiegslehrgang besuchen und erfolgreich absolvieren, dann „darf“ er sogar bis 64 arbeiten – so zumindest das Landesbeamtengesetz in Brandenburg!

Im Interview vom SPD-Parteivoritzenden Sigmar Gabriel zum neu zustande gekommenen Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU auf Bundesebene, soll jeder Bürger nach 45 Arbeitsjahren abzugsfrei in Rente gehen können.

Auf mein zuvor genanntes Beispiel bezogen hieße es, der Kollege, welcher im Alter von 16 Jahren in der Polizei seine Ausbildung im mittleren Dienst begonnen hat, würde, egal ob er den Aufstieg ermöglicht bekommt oder nicht, mit spätestens 61 Jahren abzugsfrei in Rente/Pension gehen können. Nicht in Brandenburg!!! Würde er im Land Brandenburg mit 61 Jahren in Pension gehen wollen, müsste er, wenn er im mittleren Dienst verbleibt, noch 3,6% Pensionsabzüge hinnehmen und im gehobenen Dienst gar maximale 10,8%. Wohl bemerkt – nach 45 Arbeitsjahren!!!

An dieser Stelle noch nebenbei bemerkt, die Bundes-SPD ist bereits vor Jahren von ihrer zuvor genannten Altersanhebung zum Renteneinstieg mit 67 Jahren abgerückt. Wie gesagt – die Bundes-SPD, nicht die SPD des Landes Brandenburg!

Offensichtlich stehen sich hier zwei Fraktionen innerhalb einer „Sozialdemokratischen“ Partei gegenüber!

In Brandenburg tickt halt nicht nur so manche Uhr anders!

Zur Erinnerung: unter „sozial“ wird unter anderem (je nach verwendeter Quelle) die Fähigkeit, sich für andere zu interessieren, sich einfühlen zu können, das Wohl anderer im Auge zu behalten, ... verstanden.

Und „demokratisch“ bedeutet schlichtweg, auf die Demokratie beziehend, freiheitlich und nicht autoritär!

Dass es eine Besitzstandswahrung auf Landesregierung in Deutschland gäbe, wäre mir absolut neu!

Wenn jetzt noch die Landesregierung der Meinung ist, Brandenburger Beamte sind ja vergesslich – nun, warten wir mal den September 2014 ab!

Dass eine Landeskoalition aus „schwarz“ und „grün“ als Landesregierung durchaus auch möglich ist, zeigen die Koalitionsverhandlungen in Hessen aktuell!

**Verfasser der Redaktion bekannt**

## Hat sich nicht viel getan ...

Verfolgt man die gegenwärtige innenpolitische Lage in Brandenburg, dann stellt man fest, dass zurzeit Dinge geschehen, die einem einen Kloß im Hals zurücklassen.

Da ist ein neuer Innenminister, der seine Ahnungslosigkeit, zumindest auf dem Gebiet der Polizei, richtig auslebt. Noch im November 2011, zu einer Versammlung einer Ortsgruppe der SPD zum Thema Innere Sicherheit und Polizeireform, eröffnete er die Veranstaltung mit den Worten, dass sich seine bisherige Erfahrung mit der Polizei darauf beschränkte,

dass er als Kind mal mit einem Polizeiauto gespielt hat und vor kurzem ein Knöllchen erhielt (fast wörtlich wiedergegeben). Mit diesem Eingangsstatement überließ er den Rest der Veranstaltung dem damaligen Innenminister Dr. Woidke. Es macht mir Angst und Bange, dass solche Politiker anschließend im Innenausschuss sitzen und über das Wohl und Wehe der Polizei abstimmen (wie kürzlich geschehen). Aber was soll's; er stand nun mal im Ranking für einen Posten in der SPD-Hierarchie ganz vorne. Die gegenwärtig laufenden Koaliti-

onsverhandlungen der Bundesregierung zeigen es jedoch deutlich: Eine Partei wie die SPD, die weder Fisch noch Fleisch ist, wird die Quittung bekommen. Auch im Land Brandenburg. Themen wie Flughafen, Braunkohle oder auch Innere Sicherheit werden nicht spurlos am Wähler vorbeigehen.

Aber zurück zur Polizei.

Kürzlich nahm ich Notiz von den Ergebnissen der Fachtagungen der RevierleiterInnen. Dort hatten sich die KollegInnen wirklich Gedanken gemacht, wie man ihre Aufgaben



MEINUNG

künftig voranbringen kann. Dass dazu auch Forderungen (oder sollte man sagen Bitten?) von den Praktikern hinsichtlich Personal und Ausstattung sowie Arbeitsabläufe aufgemacht wurden, ist normal. Liest man aber die Umsetzung durch die dienstliche Leitung, wird eines schnell klar: Diese Polizei wird sich in Zukunft nur noch auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Polizei darf nichts mehr kosten, weder im Personal noch in der Ausstattung. Dass hierzu eine schlagkräftige Gewerkschaft wie die GdP gefordert ist, um die Stellschrauben immer wieder anzuziehen, versteht sich von selbst.

Als RevierleiterIn würde ich mir allerdings schon die Frage stellen, welchen Sinn solche Veranstaltungen machen. Sie stehen aber nur stellvertretend für weitere derartige Fachtagungen.

Gespannt darf man in dieser Hinsicht auch auf die Evaluierung der Polizei in 2014 sein. Aber auch hier wird schon ersichtlich: Bemühungen oder Bestrebungen zu einer besseren, vor allem personellen Ausstattung oder gar die Rückkehr zu früher funktio-

nierenden Strukturen in der Schutz- und Kriminalpolizei werden eine Abfuhr erleiden. Grundlegende Änderungen sind nicht zu erwarten, da dies ein weiteres politisches Desaster der Landesregierung wäre. Kleine kosmetische Korrekturen schon, um dem Bürger weiszumachen, seht her, wir sind Willens und in der Lage.

In dieser Hinsicht wird auch interessant sein, wie die KollegInnen mit einbezogen werden, um den Anschein zu wahren, dass jeder Mitarbeiter sich mitgenommen fühlt. Hinterher wird dann aber mitgeteilt (wie oben beschrieben), dass Weihnachten vorbei ist und Polizei kein Wunschkonzept sei.

Apropos Weihnachten: Einer hat sich schon ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk gemacht. Ein (nicht unbedeutender) Vertreter des höheren Dienstes stellte einen Antrag auf Weiterbeschäftigung über seine Pensionsaltersgrenze hinaus. Das sei ihm gestattet und ist auch entsprechend der kürzlich unsäglich verabschiedeten Gesetzgebung zur Neuordnung des Beamtenrechts auch weiterhin möglich. Jedoch muss hierzu ein be-

sonderes dienstliches Interesse bestehen. Bisherige Anträge (insbesondere des mittleren/gehobenen Dienstes) wurden jedoch mit Hinweis auf die Haushaltslage und vorgesehenen Personalabbau ausnahmslos abgelehnt. Dieser Antrag jedoch nicht. Dass ausgerechnet dieser Vertreter des höheren Dienstes derart unabhkömmlich und nicht zu ersetzen ist, wirft aber kein besonders gutes Licht auf die Personalentwicklung in der Polizei des Landes Brandenburg. Denn dass seine Pensionierung ansteht, kam ja nicht plötzlich und unerwartet. Und man kann doch niemandem weismachen, dass die Polizei des LBB nicht über genügend kluge Köpfe verfügt, um frei werdende Führungsfunktionen, in welcher Position auch immer, adäquat zu besetzen. Oder doch? Na dann, gute Nacht, liebe Polizei.

Was bleibt, ist ein fader Beigeschmack.

Hat sich nicht viel getan in der Polizei des Landes Brandenburg in den letzten Jahren ...

**Verfasser bekannt**

## Das Orakel und die Gaußsche Glücksverteilungskurve

Oh je, eine Qual, vor der Haustür steht die Landeswahl. Ich bin der Woichek und bekomme langsam Panik auf der Titanic. Drum leg ich mich aufs Kanapee, lass mir voraussagen die Zukunft, bei einem Tee. Persönlich erscheint das Orakel von Delphi, übernimmt die Therapie, von meinem Kopf bis zum Knie.

Das Orakel spricht erpicht: mein Sohn, wo drückt der Schuh beim Rendezvous?

Oh, womit fang ich an, bin doch auch nur ein großer Mann. Im gaußschen Kurven-Gebinde ist mein Gesinde am letzten Tabellenplatz in der Glücklichein-Hatz. Besonders in der Brieknitz heißt es vom Glück: „Krieg nix!“. Undankbarkeit ist der Welten Lohn liebe Götze, welch ein Hohn!

Daraufhin das Orakel: Was hast du getan, damit dein Volk sein Glück in Anspruch nahm?

Ach lieber Prophet, wir haben rosa Leuchttürme erschaffen – mit allen

verfügbaren Waffen! Mit viel Geld für die bunte Hochglanzwelt. Den wenigen Fluggrafen mit dem einen Flughafen haben wir's reichlich geschenkt, man hat uns darum gedrängt. Von uns gab's Taler, wohin man sieht – damit die Elite nicht ins Steuerparadies flieht: Schenkten Reibach aus der Landeskasse, unsere Schleimspur war breit wie ne Tagebautrasse!

Am Lausbubenring glühen die Motoren, leider hatten wir keine solventen Sponsoren. In Franzfurth die gedankliche Chipfabrik, führte doch direkt ins virtuelle Landesglück. Ja da war noch der Luftschifftradau, zum Glück musste deshalb niemand in den Bau. Ist jetzt ein Baderegenwald, damit überteuerte Eintrittspreise sich rechnen bald!

Die Steuergelder sind noch da, jetzt nur bei anderen, hahahaha. Ich seh sie oft beim Sommerfeste – diese glückseligen Gäste. Gemeinsam

spielen wir Roulette, mit gezinkten Karten, jede Wette!

Orakel: Lieber Landesfürst, wie viel Dukaten gaben dafür Eure Gnaden?

Um einmal ganz ehrlich zu sein, es war nicht mehr als ein schöner Schein. War die beste Glückstherapie für Nieten in Nadelstreifen, hihi.

Undank ist der Welten Lohn, deshalb gemeines Volk: ab auf den Acker zum Fron! Die neue Askese-Devise: Es reicht eine Glücksprise für die Massen bei knappen Kassen!

Orakel: Fron auf dem tiefen Sumpfesacker, wozu das, mein kleiner Racker?

Ja ich weiß, Geld muss wieder rein, damit die Wenigen können glücklich sein!

Orakel: Wie willst Du's anstellen, genialer Schelm? Ich insistiere – sonst nix kapiere.

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Ganz einfach Orakel, dass wird ein Riesenspektakel! Ich lass die Guten ausbluten!

Orakel: Was reformierst Du da herbei?

Na was schon: Die Polizei!

Brot und Spiele fürs Volk, die haben es so gewollt! Wer nicht hören kann, muss fühlen, ich senk die Kriminalität, um Räuber und Gendarm zu spielen! Das verkauf ich als Glücksspirale, egal ob mit oder ohne Skandale. Für die Verrohung der Sitten, wer da nicht mehr mithält, hat

sich geschnitten. Der Stärkere siegt, so ist die Wolfsnatur – auch im Lande Krankenburgs weiter Flur.

Orakel: Oh mein Patient, erklär's lieber dem Bär, wie so was läuft im Politikverkehr?

Ganz einfach lieber Heiler: keine Polizei im Lande, ergibt oh Schande null Anzeigen in der Glücksstatistik! Ist das nicht listig? Die Polizei ist dann überflüssig und mir eh überdrüssig.

Erst machen wir die Wachen zu, juhu, dann bauen wir Personal ab im nu. Zum Schluss die allgemeine Veralterung mit der Überalterung. Krieg bald keiner mehr nen Dieb, fallen alle durch das Hellfeld-Sieb. Hurra, so ist

mein Weg zum Glück, holen wir Verluste wieder rein, im grandiosen Stück. Orakel: Du bist ein großer Held, dass den Lobbyisten sehr gefällt. Übrigens, im neoliberalen Kanada, war man vor 20 Jahren den gleichen Prozedere auch so nah. Vom großen Bruder lernen – ergibt ein Abo, für rote Glückslaternen.

Ähm Woichek, in welchem Rayon wurdest du geborgen? Dann kennst Du selbst deine Zukunft im Morgen. Musst selbst in die Glaskugel schau, selbst etwas ändern oder abhaun. Sonst wird die nächste Wahl, so sagt es der heilige Gral: super fatal!

**Karl Schramm****AKTUELLES****Was sonst so passierte ...**

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagebuches“ auszugsweise aus der Arbeit der GdP-Zentrale in Potsdam.

**Oktober/November 2013****14. Oktober 2013**

Wir geben unsere Pressemitteilung zur Einlegung der Verfassungsbeschwerden gegen die Kennzeichnungspflicht in Brandenburg heraus. In der Geschäftsstelle berät die Rechtsschutzkommission.

**15. Oktober 2013**

Wir schließen die Erarbeitung unserer umfassenden Stellungnahme zum Gesetzentwurf mit der Anhebung der Pensionsaltersgrenzen für die Anhörung vor dem Innenausschuss am 17. Oktober ab.

**18. Oktober 2013**

In der Geschäftsstelle der GEW beraten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Vorbereitung eines neuen Tarifvertrages Verwaltungsumbau. In diesem sollen die Herausforderungen/Forderungen im Sinne der Beschäftigten im Zuge der demografischen Veränderungen gelöst werden.

**22. Oktober 2013**

Wir leiten unsere Stellungnahme zum ersten Entwurf eines Verwaltungsmodernisierungsgesetzes an den DGB.

**24. Oktober 2013**

Wir übergeben im Landtag offiziell unsere Petition gegen die Rente und

Pension mit 67. Im unmittelbaren Anschluss findet die Anhörung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamten vor dem Innenausschuss statt.

**28. Oktober 2013**

In der Geschäftsstelle tagt der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand.

**29. Oktober 2013**

Im Café Heider in der Potsdamer Innenstadt führen wir einen politischen Stammtisch zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Polizeivollzugsbeamten durch. 30 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Polizei diskutieren mit Spitzenvertretern von SPD und LINKE. Am Ende haben wir das Gefühl, dass Änderungen im Gesetzentwurf noch möglich sind.

**1. November 2013**

Wir beraten Eckpunkte für Regelungen zur freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Polizeivollzugsbeamten.

**18. November 2013**

In der Geschäftsstelle tagt der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand. Ich bin somit unmittelbar nach meinem 14-tägigen Urlaub wieder auf dem Stand der Dinge und sozusagen „voll im Geschäft“.

**19. November 2013**

Landesbezirksbeiratssitzung, das höchste Gremium der Gewerkschaft der Polizei zwischen den Landesdelegiertentagen. Wir beraten zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Landesregierung Besoldung/Versorgung und

Dienstrechtsneuordnung mit Anhebung der Pensionsaltersgrenzen. Satzungsgemäß beschließen der Beirat über die Kandidaten der GdP zu den Personalratswahlen März 2014 für den Polizei-Hauptpersonalrat und den Gesamtpersonalrat im Polizeipräsidium. Vor Beginn der Beratung bestelle ich im Landtag mehrere Besucherplätze für die Landtagssitzung am 22. November 2013. Dort wird das Gesetz mit der Anhebung der Pensionsaltersgrenzen vorerst abschließend beraten und dann verabschiedet.

**21./22. November 2013**

Unser GdP-Bildungswerk wertet die Seminare 2013 aus und erarbeitet einen Plan für das kommende Jahr.

**28. November 2013**

Ich stelle die neuen Gesetze im Beamtenbereich in das Informationssystem Föderalismusreform (im Mitgliederbereich unter [www.gdp.de](http://www.gdp.de) abrufbar) ein. Es handelt sich um das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013, das neue Besoldungs- und Versorgungsgesetz Brandenburg und das Gesetz zur Neuordnung des Beamtenrechts (u. a. Lebensarbeitszeit).

**Michael Peckmann**

# Fachausschuss der Kriminalpolizei tagte

Am Dienstag, den 5. 11. 2013, tagte in Potsdam der Fachausschuss der Kriminalpolizei. Nachdem Petra Schäuble zur aktuellen Gewerkschaftspolitik informierte, entwickelte sie eine sehr rege Diskussion zur vereinbarten Thematik: **„Verlauf und Auswirkungen der Polizeistrukturenreform 2020“**, insbesondere zu den Kriminalkommissariaten der Polizeiinspektionen als Herzstück der kriminalpolizeilichen Arbeit im Land.

Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Arbeitssituation in einigen KKI als überwiegend sehr problematisch gesehen wird. Die möglichen Ursachen wurden besprochen und identifiziert:

- hohe Vorgangsbelastungszahlen nicht stimmige Stellenberechnung
- fehlende klare Aufgabenzuweisung/Zuständigkeitsregelung, insbesondere in Richtung K-Direktion und LKA
- zu wenig Führungskräfte in den KKI
- fehlende eigene operative Servicekräfte bzw. zu wenige in den Direktionen
- fehlende Kriminaltechniker an den Standorten der KKI-Sachbearbeitung
- enormer Ressourcenverbrauch durch die Verantwortung der Verwahrstellen in den PI auf Kosten der KKI
- teilweise mangelnde Qualität und Quantität des „Ersten Angriffs“ und die dadurch notwendigen Nachermittlungen
- Ausbildung und Nachwuchs für die Kriminalpolizei

In den KKI werden Vorgänge mit Ermittlungsansätzen bearbeitet, die überwiegend nicht den einfachen Kriminalitätsfeldern der Massenkriminalität zuzurechnen sind. Das heißt auch, 220 PKS-Fälle heute entsprechen qualitativ hinsichtlich des Bearbeitungsaufwandes nicht den 185 PKS-Fällen wie vor Einführung von ZENTRAB. Eine belastungsbezogene Stellenberechnung kann nicht nur anhand der PKS erfolgen! Das wurde zumindest für die ZENTRAB bereits folgerichtig erkannt.

Die Stellenberechnung sollte in Einbeziehung aller Vorgänge nach POLAS, Anzahl der bearbeiteten Er-

suchen und anderen Fällen der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung sowie nach besonderen Belastungskriterien (Präsenzdienste, BAO Lagen etc.) ohne Einbeziehung von Führungskräften A 12/A 13, ohne Einbeziehung von anderweitig eingesetzten Kräften der K (Geschäftsdienst, Verwahrstelle, Führungsassistent), welche keine Ermittlungsverfahren für den Zuständigkeitsbereich bearbeiten bzw. aus nachvollziehbaren Gründen nicht am Ermittlungsvorgang tätig wurden (Zeiten von Abwesenheit), erfolgen!

Klare Aufgabenzuweisungen/Zuständigkeitsregelungen (Geschäftsverteilungsplan) bezüglich der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung in Richtung LKA und KDir bestehen nicht zu allen Bereichen. Fragwürdige Auslegungen des Geschäftsverteilungsplans und die missbräuchliche Verwendung des sogenannten Evokationsrechtes erschweren die Arbeit der KKI.

Die Leiter KKI sind zugleich neben dem allgemeinen Führungsgeschäft für die gesamte OE-Kriminalkommissariat auch mit der Führung eines Ermittlungsbereiches (Sachgebiet am Standort der PI) betraut. Diese Zugleichaufgabe an den Standorten mit der höchsten Kriminalitätsbelastung in den PI ist so nicht länger vertretbar. Hier fehlt eine Entlastung durch eine weitere Stelle Sachgebietsleiter, welcher auch als Vertreter in Abwesenheit fungieren kann und auch sollte.

Neben dem Geschäftsdienst KKI am jeweiligen Hauptstandort, welche zusätzlich mit Arbeitsraten zu den KDir befasst sind, gibt es weitere KKI-Standorte in den PI mit einer hohen Kriminalitätsbelastung und entsprechend umfängliche Aufgaben für Geschäftsdienste, welche vor Ort von Führungskräften bzw. Ermittlern übernommen werden müssen. Die Bewältigung des Post- und E-Mail-Verkehrs sowie andere organisatorische Aufgaben stellt eine bisher nicht identifizierte Größe dar, die nicht vergleichbar mit Geschäftsdiensten anderer OE ist. Es werden in den KKI weitere Stellen GD an den Nebenstandorten benötigt, wo ein hoher Kriminalitätsanfall zu verzeichnen ist. Ein Vergleich der Belas-

tungszahlen von KKI-Hauptstandorten mit Belastungszahlen von relevanten Nebenstandorten wäre hier zur Beurteilung der Sachlage und dem geschilderten Erfordernis zusätzlicher GD-Stellen in den KKI zu schaffen, hilfreich. Eine Vielzahl von Kriminalitätslagen erfordert den Einsatz zugleich von Kriminaltechnik und Ermittlungsbeamten im Ersten Angriff (KDD) sowie die Umsetzung operativer Fahndungsmaßnahmen. Ein Fehlen von operativen Kräften in den KKI wird als eines der Hauptprobleme betrachtet. Ebenso steht zu wenig ausreichendes qualifiziertes Fachpersonal zur Verfügung. Insbesondere in den KKI ließen sich örtlich und überregional festgestellte Kriminalitätslagen aufklären, wenn insbesondere die operativen Kräfte KDD und OF zu den täglichen Erfordernissen und Lagen ausreichend zur Verfügung stehen und umfänglich die Sofortmaßnahmen umsetzen könnten.

Eine Umverteilung von Arbeitsraten des Ersten Angriffs in die KKI würde ein zusätzliches Belastungspotenzial bedeuten, welches auf Kosten der sowieso schon umfänglichen Sachbearbeitung wirken würde.

An den Standorten, an denen der Kriminaldauerdienst hauptsächlich mit der Mehrheit ihres Personals verortet ist, funktioniert KDD und Allgemeine Kriminaltechnik gut. Tatsächlich kann die Allgemeine KT das Aufgabengebiet für die KKI nicht vollständig abdecken. Hier ist die KDir gefordert, flexibel und mit Augenmaß mit den darüber hinaus zur Verfügung stehenden KT-Kräften an der Gesamtbewältigung der kriminalpolizeilichen Aufgaben beizutragen.

Ein Personalabbau in den Allgemeinen KT, welche überwiegend für den Straftatenanfall in den PI beweisführend an den Tatorten tätig werden, ist nicht mehr hinnehmbar.

Der Stellenabbau in der Kriminalpolizei schreitet örtlich zu schnell voran und bringt Teilbereiche der Kriminalpolizei schon jetzt an Überlastungsgrenzen und führt mitunter dazu, dass zugewiesene Aufgaben nicht mehr erfüllt werden können

*Fortsetzung auf Seite 8*



Fortsetzung von Seite 7

bzw. an andere Organisationseinheiten (von oben nach unten) abgewiesen werden. Ein Rückgang der Kriminalität seit den prognostizierten Berechnungen von EVA K 2008 und für die Strukturreform 2020 ist mit Blick auf die zurückliegenden Jahre nicht eingetreten und steht nicht in einem vertretbaren Verhältnis zum Stellenabbau in der Kriminalpolizei. Abgänge und Krankenstand sowie andere Abwesenheitsgründe bewirken bereits jetzt Personalzahlen, wie für 2019 angestrebt.

Der fehlende fachlich qualifizierte Personalnachersatz zeigt seine Folgen nicht nur in Form einer Arbeitsverdichtung, was bereits jetzt schon zu alten Zuständen wie vor Einführung von ZENTRAB in den KKI führt. Darüber hinaus wird den KKI regelmäßig Personal im Rahmen zeitweiliger Umsetzungen für mitunter bereits dauerhaft angelegte „Sonderermittlungseinheiten“ abgezogen, obwohl Arbeitsraten für andere OE der Kriminalpolizei hinreichend definiert sind.

Insbesondere die Qualität der Anzeigenaufnahme, des Ersten Angriffs und die nachrangige Beweisführung im Ermittlungsverfahren sind einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Die schon seit 2008/2009 und nunmehr wieder verstärkt seit November 2011 zunehmende Qualitätsminderung der Anzeigenaufnahme, das nicht immer ausreichende fachliche Untersuchungs-/Ermittlungspotenzial (KT, Ermittlung, Fahndung) beim Ersten Angriff und deren Auswirkungen auf die nachrangige Sachbearbeitung zeigt Wirkung. Unbestritten besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Qualität der Anzeigenaufnahme/Ergebnis der Erstermittlungen (Erster Angriff) mit den nachrangig zu führenden Ermittlungen und der Aufklärung von Straftaten! Die Anzeigenqualität und der Erste Angriff haben sich mit dem Einsatz von Kräften KDD verbessert, was aber nicht allgemein auf den WWD/Repo zutrifft, welche selbst hohen Belastungen ausgesetzt sind.

Dies sind u. a. auch die Folge von in Ruhestandsetzungen erfahrener Kollegen/-innen oder der Wechsel von fachlich qualifizierten erfahrenen Kriminalisten in andere Bereiche der Polizei.

Ein Rückgang der Kriminalität seit den prognostizierten Berechnungen von EVA K 2008 und für die Strukturreform 2020 ist mit Blick auf die zurückliegenden Jahre nicht eingetreten bzw. steht nicht in einem vertretbaren Verhältnis zum Stellenabbau in der Kriminalpolizei. Abgänge und Krankenstand bewirken bereits jetzt Personalzahlen wie für 2019 angestrebt

Mit der landesweiten Einführung von ZENTRAB wurde ein entscheidender Schritt für die effizientere Gestaltung der kriminalpolizeilichen Arbeitsabläufe, vorwiegend auf dem Gebiet der Massenkriminalität geschaffen. Die anfänglich spürbaren Vorteile für die KKI sind durch den permanent betriebenen Stellenabbau nicht mehr gegeben. Die Verfügungslage zu ZENTRAB, welche zu eng gefasst ist, sollte auf ihre Praxis-tauglichkeit hin geprüft werden. Das Beispiel der Großstadt Köln ist auf das Flächenland Brandenburg hinsichtlich der in der Aufgabenzuweisung ZENTRAB differenziert festgelegten Bearbeitungsanteile so nicht übertragbar. Die Zusammenarbeit zwischen den ZENTRAB und den KKI ist überwiegend gut, soweit dies auf der Arbeitsebene durch eine ziel-führende Kommunikation stattfindet. Ohne diese wären die täglichen Bemühungen aller Beteiligten aussichtslos.

Erfahrungswerte von ZENTRAB I und II müssen zur Überwindung von Bearbeitungsbeschränkungen dringend besprochen und i. S. des Grundsatzes der Übernahme von Anzeigen zur Bearbeitung in den ZENTRAB, welche keine Ermittlungsansätze beinhalten bzw. keine/keinen komplexen, fachlich anspruchsvollen/n Sachverhalt/e beinhalten, reguliert werden.

Verwahrstellen gehören nicht in die KKI. Die zu leistenden sehr umfangreichen verwaltungstechnischen Aufgaben sind nicht als Zugleichaufgabe einfach so nebenbei zu bewältigen. In der Regel werden in den KKI mehr als ein Vollzugsbeamter (Ermittler) mit der Verwahrstelle betraut und fallen somit für die Sachbearbeitung aus.

**Kriminalisten müssen wieder ausgebildet und direkt in der Kriminalpolizei zum Einsatz kommen.**

Unsere Position als FA-Kriminalpolizei aus 2010 ist aufgrund der gravierenden Entwicklungen nicht mehr

haltbar und im Landesbezirk aufgrund der gegebenen Anforderungen der heutigen modernen, hochtechnisierten Zeit erneut zu diskutieren.

Ein Direkteinstieg von FHPol in die KKI und KDD sind ein Muss! Zum Abschluss diskutierten die FA-Mitglieder über eine beabsichtigte Satzungsänderung. Die Erfahrungen der letzten Jahre belegen die Notwendigkeit eines festen Ansprechpartners eines Verantwortlichen für den FA Kripo, der aus dem Vorstand kommt und sich somit mit den Problemen und Belangen eines starken Mitgliederstammes der GdP auseinandersetzen kann. Fach- und themenbezogene Fachausschüsse, welche die unterschiedlichen Perspektiven und Sichtweisen der GdP-Mitglieder (Dienststellen, Vorgesetzte, Bedienstete) abbilden, werden als bessere Möglichkeit gesehen, auf aktuelle und langfristig wirkende Probleme und Fragestellungen zu reagieren.

**Fachausschuss Kriminalpolizei**

## AKTUELLES

### In eigener Sache

Im Ergebnis der Tarifverhandlungen im Frühjahr 2013 wird das Gehalt unserer Tarifbeschäftigten am 1. 1. 2014 um 2,95% angehoben. Die Beiträge für unsere GdP werden mit dem I. Quartal 2014 entsprechend angepasst. Die Anhebung der Besoldung unserer Beamten für 2013 wurde zum 1. Juli 2013 beschlossen. Da die Anhebung erst mit den Dezemberbezügen 2013 umgesetzt wird, haben wir die Anpassung der Beiträge für unsere Beamten und Pensionäre ebenfalls zum 1. 1. 2014 vorgenommen. Das in das Grundgehalt eingerechnete „Weihnachtsgeld“ in Höhe von monatlich 21 € wurde bei der Berechnung der neuen Beiträge außen vor gelassen.

Die Beitragstabellen können im Mitgliederbereich [www.gdp.de/brandenburg](http://www.gdp.de/brandenburg) (Downloads) abgerufen werden.

**Michael Peckmann**

